

Antrag

auf Übernahme des Teilnahmebeitrages für eine/n Kindergarten / Kinderhort / Kinderkrippe gem. § 90 Abs. 3 SGB VIII; ab _____

(Beitragsübernahme frühestens ab Antragsseingang möglich)

1.	Antragsteller		
	Name, Vorname	Tel.	
	Anschrift		
2.	Kinder, für welche die Übernahme beantragt wird:		
		1. Kind	2. Kind
	Name, Vorname		
	Geburtsdatum		
	Einkommen (z.B. Unterhalt, UVG, Halbwaisenrente)		
3.	Eltern der Kinder	Vater	Mutter
	Name, Vorname		
	Geburtsdatum		
	Familienstand		
	Staatsangehörigkeit		
	Anschrift		
	Beruf		
	Arbeitsgeber/Anschrift/ Telefon		
	Nettoverdienst der letzten 12 Monate		
	Arbeitslosengeld / Krankengeld		
	Rente		
	Kindergeld/-zuschlag		
	Wohngeld/ Lastenzuschuss		
	sonstige Einkünfte (z.B. Steuerrückerstattung, Ver- mietung/Verpachtung, Zins- einkünfte)		
4.	Weitere Personen (mit/ohne Einkommen) im Haushalt der Eltern:		
	Name, Vorname	Geburtsdatum	Einkommen

5. Notwendige Aufwendungen und besondere Belastungen monatlich (gegebenenfalls Beiblatt verwenden):		
	Vater	Mutter
Kaltniete		
Schuldzinsen (nur für Baudarlehen ohne Tilgung)		
Hausnebenkosten (Gebäudevers., Müllabfuhr, Kamink., Grundsteuer, ...)		
Unfallversicherung		
Hausratversicherung		
Haftpflichtversicherung		
sonstige Versicherungen (Altersvorsorge, Rechtsschutz)		
sonstige Belastungen (z.B. Aufwendungen für Fahrten zur Arbeit/einfache Entfernung in km, Unterhaltszahlungen)		

Wichtige Hinweise!
 Die Bearbeitung des Antrages ist nur möglich, wenn alle Angaben im Antrag durch entsprechende Nachweise (z.B. Mietvertrag, Netto-Verdienstbescheinigung, Kontoauszug, Beitragsrechnung, bei Landwirten Steuerbescheid) belegt wurden.
 Der vom Jugendamt übernommene Teilnahmebeitrag wird auf das Konto der Tageseinrichtung überwiesen.
 Eine Beitragsübernahme ist ausnahmslos rückwirkend nur zum Ersten des Monats möglich, in dem der Antrag beim Amt für Jugend und Familie Rottal-Inn eingeht.

6. Erklärung:		
Ich erkläre, dass vorstehende Angaben in allen Punkten wahr und vollständig sind. Ich weiß, dass wissentliche falsche Angaben oder das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne des § 263 StGB strafbar sind und verfolgt werden können. Ich verpflichte mich, wesentliche Änderungen in den Einkommens- und Familienverhältnissen dem Jugendamt unverzüglich mitzuteilen. Mir ist bekannt, dass die Unterlassung von Änderungsmitteilungen grundsätzlich zur Zurückerstattung der zu Unrecht empfangenen Leistung führt.		
Ort, Datum		Unterschrift des Antragstellers

7. Bestätigung der Tageseinrichtung: (Zutreffendes bitte ankreuzen)		
Das Kind/die Kinder besucht/besuchen die Tageseinrichtung ab/seit _____.		
Mit den Eltern wurde folgende Buchungszeit vereinbart: _____		
Monatlicher Teilnahmebeitrag _____ € Mittagessen ☐ ja, Kosten _____ € ☐ nein (Grundgebühr zuzüglich Spielgeld)		
(jährlich für ☐ 11 ☐ 12 Monate)		
Datum	Stempel der Tageseinrichtung	Unterschrift